



University of Zurich
Zurich Open Repository and Archive

Winterthurerstr. 190
CH-8057 Zurich
<http://www.zora.uzh.ch>

Year: 2009

Wohltätigkeit und (Erb-)Recht

Breitschmid, P

Breitschmid, P (2009). Wohltätigkeit und (Erb-)Recht. Jusletter, 9:1-5.
Postprint available at:
<http://www.zora.uzh.ch>

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich.
<http://www.zora.uzh.ch>

Originally published at:
Jusletter 2009, 9:1-5.

Prof. Dr. iur. Peter Breitschmid

Wohltätigkeit und (Erb-)Recht

Der schweizerische Spendenmarkt bleibt auch in rezessiven Zeiten ein interessantes Feld. Besondere Fragen stellt das Einwerben von Mitteln im Umfeld des Todes: Statt hoher Kosten für Mailings, die im besten Fall Kleinstspenden und Ärger bei den Umworbenen generieren, steht das Legatemarketing im Vordergrund. Wohin die Entwicklung gehen wird, hängt stark auch von der Steuergesetzgebung ab. Ob alle Anliegen gleichermassen gemeinnützig sind, lässt sich bisweilen mit Fug diskutieren. Zu fragen wäre auch, ob nicht – statt nur erblasserische Zuwendungen von Todes wegen zu privilegieren – auch den Erben die Möglichkeit einzuräumen wäre, den mittlerweile meist erbschaftssteuerfreien Vermögenszuwachs von Todes wegen als teilweise steuerprivilegierten wohltätigen Obolus zu entrichten; möglich, dass dadurch die Nachhaltigkeit und Zukunftsgerichtetheit des Spendeverhaltens ausgewogener beeinflusst werden könnte, als wenn nur die Interessen der älteren Erblassergeneration steuerprivilegiert sind.

Rechtsgebiet(e): Erbrecht

Zitiervorschlag: Peter Breitschmid, Wohltätigkeit und (Erb-)Recht, in: Jusletter 10. August 2009

Inhaltsübersicht

1. Recht und Wohltätigkeit
2. Erbrecht und Wohltätigkeit
3. Wohltätigkeit als Herzensanliegen oder Dämpfer schlechten Gewissens?
4. «Charitable Status»
5. Strukturen der Wohltätigkeit
6. Industrialisierung von Wohltätigkeit
7. Objektivierung von Wohltätigkeit bei rechtlicher Relevanz
8. Förderung der Wohltätigkeit

1. Recht und Wohltätigkeit

[Rz 1] Die rechtliche Ordnung emotionaler Belange ist durchweg prekär: Beispiele dafür sind die Versuche der rechtlichen Ordnung von Liebe (Familien- und Scheidungsrecht) oder der Abstimmung von Sympathie und Statusnähe (gesetzliches Erbrecht). Ähnlich mit der Wohltätigkeit: Man kann nicht zu Sympathie oder Wohltätigkeit zwingen (darin liegt der Unterschied zwischen Steuern und wohltätigen Zuwendungen), aber als positive menschliche Gefühle verdienen sie zumindest eine positive Grundhaltung des Rechts ihnen gegenüber¹. Es sind aber nicht ausserhalb des Rechts liegende Gebiete.

2. Erbrecht und Wohltätigkeit

[Rz 2] Wohltätigkeit ist mit dem Erbrecht relativ eng verbunden: Bereits in Todesanzeigen werden Spenden für allgemeine oder der verstorbenen Person besonders nahe liegende Zwecksetzungen erbeten. Zuwendungen an wohltätige Organisationen sind in der Regel steuerbefreit. In der Begünstigung familienexterner – nämlich kirchlicher und damit fremdnütziger – Erben liegt geradezu der Ursprung der heutigen Testierfreiheit, die von der (katholischen) Kirche nicht ganz uneigennützig vom römischen ins hiesige weltliche Recht importiert worden war. Fixe Kategorien wie «Wohltätigkeit» oder «Vorsorge» haben bislang zur (*erbschafts*-)steuerlichen Privilegierung recht eigenwilliger (und stark eigennütziger) Projekte und Konstrukte beigetragen, während andererseits die fixe periodische Begrenzung von gemeinnützigen Zuwendungen eher abzugspolitischer Rappenspalterei als sinnvoller Projektunterstützung dient. Ein *Anreizsystem*, das z.B. Erben ermöglichen würde, in ausgewählte, objektiv geprüfte gemeinnützige Projekte zu investieren (durchaus analog zum Zivildienst: wer die individualisierte Variante wählt, müsste seinen Idealismus durch einen höheren Ansatz als den steuerlichen Normaltarif beweisen²), könnte vielleicht eine Denkhypothese sein? Hingegen liegt auf der Hand, dass das angelsächsische Verständnis von *philantropy* und

charity nicht *tel quel* in mitteleuropäische Erb- und Steuersysteme implantiert werden kann, ohne dass nicht an den Schnittstellen Nischen entstehen, die lediglich nackter Steueroptimierung dienen.

3. Wohltätigkeit als Herzensanliegen oder Dämpfer schlechten Gewissens?

[Rz 3] Dem erbrechtlichen Vermögensübergang wird aktuell wieder häufiger die Zementierung sozioökonomischer Strukturen vorgeworfen; Wohltätigkeit kann zu einem Vermögensstransfer aus der Statusfamilie hinaus beitragen. Im Detail stellen sich allerdings verschiedene Fragen:

- i. *Nicht jedes* scheinbar wohltätige *Anliegen ist objektiv förderungswürdig*, sondern es finden sich auch eher eigennützig-absurde Nischen³; zudem stellt sich die Frage nach dem *Konzept*, etwa bei abstumpfender statt fördernder «*glamour aid*» (Thesen HERNANDO DE SOTO, DAMBISA MOYO).
- ii. Erblasserische Spendenbereitschaft wird *schlecht* honoriert, wenn Heime *Spenden mit unbestimmtem Zweck einfach als Ertrag in der Betriebsrechnung* zu buchen haben und diese damit eine Reduktion der Leistungen der öffentlichen Hand bewirken⁴.

³ Ohne das Thema hier vertiefen zu können: Das Spendenwesen hat sich binnen kurzer Zeit über die etablierten Gross-Organisationen (wie IKRK, Médecins sans frontières, Pro Infirmis und Berghilfe, HEKS bzw. Fastenopfer, Pro Juventute, Pro Senectute, generell Friedenssicherung, Natur-, Heimat- und Umweltschutz auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene) hinaus auf zahlreiche «Anbieter» und Plattformen verteilt; «Die Zeit» hat unlängst (31.12.2008, S. 25) getitelt «Spender sucht Helfer ... und umgekehrt», und Internet-Spendenplattformen beschrieben (z.B. betterplace.org), welche Effizienz des Sammelns und Überwachung der Verwendung ganz zweifelsohne fördern (und damit einen Internetmarkt schaffen, der – wie in andern Bereichen auch – die Vernetzung erleichtert, aber auch Nischenanbietern mit zweifelhaftem Renommée den Weg spuren); bevor das bislang eher emotional-spontane wohltätige Sammeln nach den Methoden der industrialisierten Hochseefischerei zum Leerfischen des Ressourcenmeers führt (man entschuldige den Vergleich: er bildet nur ein zu vermeidendes Zukunftsszenarium ab), wird sich die Frage stellen, ob der Staat, der zur Erfüllung seiner Aufgaben letztlich ja auch auf Mittel angewiesen ist und nur beschränkt privates Spenden steuerwirksam fördern kann, den Spendenmarkt nach Kategorien der Förderungsdringlichkeit regulieren muss – letztlich ist nämlich auch die private Zielbestimmung statt Unterordnung unter ein demokratisch statuiertes Regime der Allokation von Mitteln zu jenen Bedürfnissen, die sich im Budgetprozess durchgesetzt haben (dazu Anm. 1), ein Aspekt des grassierenden *ultimativen Individualismus*, der sich zwar auf Grundrechte beruft, aber an Grenzen stossen kann.

⁴ Vgl. als Beispiel § 12 des Gesetzes über soziale Einrichtungen des Kantons Luzern (vom 19. März 2007) bzw. § 23 der zugehörigen Verordnung (vom 11. Dezember 2007): Ohne Zweifel haben öffentliche Beiträge zu berücksichtigen, dass Institutionen je nach ihrem Tätigkeitsbereich von unterschiedlicher Spendenfreudigkeit profitieren; andererseits wäre dem Privilegcharakter der Zuwendungen Rechnung zu tragen, da kein noch urteilsfähiger Erblasser das Heim zugunsten der Entlastung der Staatskasse wird begünstigen wollen, sondern eine Zuwendung ohne bestimmte

¹ Grundlegend zuletzt BIRGIT WEITEMEYER, Tief verwurzelte Selbstlosigkeit – Die Grundlagen des Altruismus und die Rolle des Rechts, in: Non Profit Law-Yearbook 2007, Köln 2007, 45 ff.

² Sich von der staatlichen Budgetplanung «loszukaufen» verdient Respekt und Förderung (aber auch eine gewisse thematische und buchhalterische Kontrolle), müsste aber vor allem auch seinen Preis haben.

- iii. *Steuerersparnis* und die Erwartung von posthumer Dankbarkeit bzw. Kompensation schlechten Gewissens sind *diskutable Motivationen*.
- iv. Der «Run» *wohlthätiger Organisationen auf Erblasser* erfordert erhebliche Mittel und birgt (wo die Beziehung nicht bereits lebzeitig eine gewisse ideelle Kontinuität aufweist) das Risiko hoher Aufdringlichkeit (um nicht schärfere Worte zu verwenden: die Kontakte zu Erblassern ergeben sich öfter erst in einem Stadium der «Testierreife», das biographisch bezüglich der Testierfähigkeit (namentlich bei fundamentaler Neuorientierung im Sinne eines «Kurswechsels») öfter heikel ist⁵).
- v. «Monopolistische» Anliegen gleich welcher Natur riskieren *Einseitigkeiten* und Konflikte. Mit Förderung und Ausdehnung wohlthätiger Zuwendungen wird sich unweigerlich die Frage stellen, ob Steuerbefreiung wirklich für jeglichen Zweck in jeglichem Umfange zu gewähren sei. Das gilt umso mehr, als *wohlthätige Bestrebungen von Erben* (oder Vermächtnisnehmern) *nicht honoriert* werden und auf die alljährlichen steuerlichen Freibeträge beschränkt bleiben; die asymmetrische steuerliche Behandlung von Erben und Erblassern ist diskutabel.
- vi. *Erblasserisch-testamentarische Wohlthätigkeit* ist zwar Ausdruck von Dankbarkeit, oft aber *eher rückwärtsgerichtet* und damit Aspekt der fortwirkenden «toten Hand», statt an Zukunftsthemen oder zumindest den aktuellen Bedürfnissen der Öffentlichkeit orientiert⁶.

Zweckbezeichnung ganz einfach dem Heim stillschweigend Ermessen in der sinnvollen Evaluation der akuten oder längerfristigen Bedürfnisse zugestehen möchte. Einzuräumen ist wohl, dass staatliche Unterstützung nur den «Sozialhilfebedürftigen» (oder zumindest: *eher* diesen) zukommen soll. Immerhin dürfen wir in der Schweiz die Heime noch begünstigen ... (s. Anm. 14 bzw. die einschränkende Regelung im dt. HeimG, die zwar Zuwendungen Aussenstehender nicht ausschliesst; solche Zuwendungen haben ihren Grund aber meist in einem irgendwie gearteten näheren persönlichen Bezug (und damit nach Vorstellung des nach-preussischen Gesetzgebers wohl: Bestechungsabsicht). Es schiene allerdings stiftungspolitisch wesentlich, diese offenbar durch den NFA ausgelöste Praxis zu verfolgen (z.B. in dem Sinne, dass Institutionen einen prozentualen Anteil der generierten Zuwendungen, proportional zu den sonstigen selbst erarbeiteten Mitteln/Taxen und allg. Staatsbeiträgen zu freier Verfügung ausschneiden dürften; eine volle Anrechnung an die Betriebskosten scheint mir unzulässig und jedenfalls unzweckmässig). *Erbrechtlich* wird man Zuwendungen allerdings (nach dem geradezu «physikalischen» Prinzip, dass jede nicht an den Fiskus gerichtete Begünstigung als nicht an den Fiskus gerichtet zu vermuten ist) als zur freien Verfügbarkeit zugewiesen (im Sinne einer entsprechenden Bedingung) verstehen bzw. darauf *hinwirken* müssen, dass *Zuwendungen unter Auflage* (Art. 482 ZGB) erfolgen.

⁵ Die *Erbunwürdigkeitsdiskussion* (causa «Stauffacher», BGE 132 III 305/315, dazu successio 2007 50 ff.) wird («klinisch» geführt) unweigerlich auf Heime, Sterbehilfe- und wohlthätige Institutionen durchschlagen.

⁶ Aktuelles Beispiel ist die Diskussion um die Anliegen des Stifters *Oskar Reinhart* (s. DAVID STREIFF, NZZ 12./13.7.2008 Nr. 161): Zwar sind nach allgemeinem sittlichem Verständnis (Dankbarkeit) und aus Respekt vor dem

4. «Charitable Status»

[Rz 4] Allein die Orientierung an *öffentlichen* Interessen (und nicht die posthume Selbstverwirklichung) rechtfertigt staatliche Förderung der Wohltätigkeit – handle es sich dabei um Steuervorteile oder gar einen Eingriff in Pflichtteilsansprüche im Sinne der «*charitable correctness*»⁷. Je bedeutender der Anteil wohlthätiger Zuwendungen und je industrieller die Erschliessung spenderischer Grosszügigkeit wird, umso bedeutender ist die laufende Evaluation des «*charitable status*», ohne welchen die Privilegierung ihren Grund verliert⁸.

5. Strukturen der Wohlthätigkeit

[Rz 5] Die *ideale* Stiftung ist *ideell* gesinnt, ihrerseits aber mittlerweile so industrialisiert und kommerzialisiert, dass sie zwar zu intensivem Gegenstand rechtlicher Beobachtung geworden ist⁹, indes ihrer Natur nach weiterhin der «Charme»

Genie stifterische Anliegen zu respektieren; daraus darf allerdings nicht die Vorstellung abgeleitet werden, dass alles und jedes über Jahrzehnte und Jahrhunderte «unberührbar» bleibe. Stifterisches Genie verlangt unter veränderten Umständen ein *Überdenken* (was nicht zwingt, auch zu verändern!) – ob der Stifter das *Interesse* für sein Denken nicht durchaus begrüsst hätte? Während ängstlich bewahrende Epigonen letztlich austerbende Saurier konservieren wollen! Nicht Änderungen gegenüber dem Stifterwillen sind problematisch, sondern mangelhafte *Dokumentation* des Vorgehens, welches die Rekonstruktion des Stifterwillens erschweren könnte – *darauf* ist Gewicht zu legen (im Sinne des Bewusstseins, dass jede Epoche nur je *ihre* «Wahrheit» umzusetzen vermag und künftige «Denkmalpflege» deshalb in den Stand versetzt werden muss, das frühere Wirken der jeweiligen Spät-Epigonen rekonstruieren zu können, um zum autochthonen Zustand vordringen zu können).

⁷ RÜDIGER WERNER, Stiftungen als Instrument der Pflichtteilsvermeidung, ZEV 2007 560 ff.; krit. ANNE RÖTHEL, Pflichtteilsrecht – anspruchsvolle Aufgaben für gute Gesetzgebung, in: Reformfragen des Pflichtteilsrechts, Köln 2007 (s. Bespr. in successio 2008 328 ff. durch EITEL), 291 ff., 296 f.m.Nw.

⁸ S. zu diesem in der kontinentalen Gesetzgebung (anders im selbstregulierten Bereich: ZEWO-Kriterien) noch kaum vertieften Thema etwa ROBERT MEAKIN, The Law of Charitable Status – Maintenance and Removal, Cambridge 2008 (ein Kommentar zum *Charities Act 2006*, der allerdings den *charitable purpose* nur allgemein umschreibt, 24 f.: insbes. das Kriterium des *public benefit*, 34 ff., lässt sich kaum aufgrund einer einschlägigen statutarischen Klausel, sondern nur anhand konkreter, kritischer Würdigung der laufenden Tätigkeit beurteilen).

⁹ Bezüglich der Kommerzialisierung s. etwa: Spenden- und Gemeinnützigkeitsrecht in Europa (hrsg. von W. Rainer Walz/Ludwig von Auer/Thomas von Hippel), Tübingen 2007 – es wird die Stiftung (durchaus folgerichtig: es geht letztlich geradezu um Publikumsschutz dahingehend, dass unter Stiftung einheitlich ein gleich qualifiziertes Institut verstanden wird) denn auch «europäisiert», s. etwa: The European Foundation (hrsg. von Klaus J. Hopt, W. Rainer Walz/Thomas von Hippel/Volker Then), Gütersloh 2006, und damit neben «Lokalstrassen» in einem weiteren Bereich eine europäische Verknüpfung geschaffen. – Zu einem Einzelthema sei in diesem Kontext auf das durch Vereins- und Stiftungsrecht bislang nur unvollständig erfasste *Recht der Spendenorganisationen* hingewiesen (dazu das opus magnum von SUSANNE HARTNICK, Kontrollprobleme bei Spendenorganisationen – Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland und den USA, Hamburger Diss., Tübingen 2006 – rez. in successio 2008 180); die Professionalisierung der Wohlthätigkeit hat in diesem (a priori idealisierten

im Risiko des Konstrukts liegt: Es wird ein Wesen geschaffen, das (primär) nur von Geld lebt, mit dem man die Zukunft bestimmen zu können glaubt. Ein Konstrukt zudem, das in fremde Hände gelegt diesen Arbeit (und oft auch Ansehen und Macht) verschafft und deshalb (von den Destinatären kaum kontrollierbare Verwaltung fremder Mittel) einige Problemzonen aufweist – ideal, wenn dafür internationale Standards den Rahmen bieten. Das schweizerische Stiftungs(aufsichts)recht wird sich zumindest solcher Standards mit Interesse annehmen.

6. Industrialisierung von Wohltätigkeit

[Rz 6] Dass eine Stiftung (weitgehend) wirtschaftliche Zwecke haben kann, scheint seit BGE 127 III 337 festzustehen¹⁰. «Profits donated to the Prince of Wales Charitable Foundation» als Aufdruck auf Biscuit-Packungen¹¹ lässt E-Stoffe vergessen und verschafft selbst exzessivem Kalorienverzehr die Aura altruistischen Einsatzes. Angesichts der Tätigkeit internationaler Wohltätigkeits-Grosskonzerne und des Zwischenschaltens von wohltätigkeitsvermittelnden Vermögensverwaltern¹² müssen sich die traditionellen schweizerischen Flaggschiffe sputen (Pro Juventute scheint aktuell ein Beispiel), um «am Markt» zu bleiben: Der Strukturwandel durch eine globalisierte Wohltätigkeitsindustrie einerseits und ein zunehmend individualistischeres Spendenverhalten (Wohltätigkeit als Aspekt professioneller Vermögensplanung durch Banken etc.¹³) riskiert, traditionelle «Anbieter» von Wohltätigkeit als «langweilig» erscheinen zu lassen. In attraktiven Märkten droht zudem Konkurrenz bis Kannibalisierung unter «Wohltätigkeitsanbietern»¹⁴.

und privatisierten) Bereich das Bewusstsein für corporate governance und ebenso professionelle Kontrolle wachsen lassen (damit keine «wohltätigen Königreiche» entstehen), und das noch kaum beackerte Feld wird sinnvollerweise auf «überkommunaler» Ebene anzugehen sein.

¹⁰ S. zum Entscheid PAUL EITEL, Die Stiftung als Instrument zur Perpetuierung von Aktiengesellschaften?, in: FS Riemer, Zürich 2007, 79 ff.

¹¹ *Duchy Original Organic Lemon*, s. www.duchyoriginals.com: «Is Good. Does Good. Tastes Good.» ist sinnstiftender Slogan für einen immateriellen Konkurrenzvorteil.

¹² Dazu z.B. ETIENNE EICHENBERGER/HEIKO SPECKING, The role of advisors in philanthropy, STEP-Journal 2/2009 20 ff.; *Scorpio Partnership*, The role of wealth advisors in offering philanthropy services to high-net-worth clients, Bertelsmann Stiftung 2008. – «Wohltätigkeitsvermittler» können zwar ähnlich einem Reisebüro als (insofern durchaus nützliche) «Börse» betrachtet werden, und doch wirkt einigermaßen deprimierend, dass Wohlstand derart ideenlos ist, dass er ohne Beratung nicht wohltätig werden kann. Zudem erhöht jeder Vermittler die Transaktionskosten: Der Gewinn des Hoteliers sinkt, wenn er sein Zimmer über das Reisebüro verkaufen muss, und es kann der Vermittler seine Stellung durchaus zum eigenen Vorteil nutzen (was im Falle einer vermittelnden Stiftung nachgerade klassischer Stiftungszweck wäre ...).

¹³ Z.B. CHRISTIAN HAFNER/DANIELA AUFDEREGGEN, Erfolgreiche Umsetzung philanthropischer Vorhaben in der Vermögensplanung, Anwaltsrevue 2009/3 134 ff. – S. Zu grassierender Individualisierungssucht Anm. 3.

¹⁴ S. PETER BREITSCHMID, «Wohltätige Ungewissheiten», *successio* 2009 78 f.

7. Objektivierung von Wohltätigkeit bei rechtlicher Relevanz

[Rz 7] Je nach wirtschaftlicher «Grosswetterlage», «konjunkturellem» Verlauf in bestimmten Sektoren der Wohltätigkeit (Gross- oder Lokalkatastrophen, aktuelle Themen bez. Nutztierhaltung oder Kindesmisshandlung usw.) und Management einzelner Organisationen durchläuft auch die Wohltätigkeit Zyklen. Wohltätige Organisationen dürften kaum je «systemrelevant» in dem Sinne sein, dass sie in einer Krise auf staatliche «Rettung» hoffen könnten. Bleibt ein systemrelevantes Gebiet durch Strukturveränderung bei nichtstaatlichen Organisationen unterversorgt, so hätte jedenfalls der Staat im Rahmen seiner verfassungsmässigen Pflichten als Sozial- und Wohlfahrtsstaat – letztlich im Rahmen der Sozialhilfe – minimale Leistungen zu erbringen. Indes kann dem Staat die Struktur der Wohltätigkeit nicht gänzlich egal sein: Dass das Gebiet industrialisiert und kommerzialisiert (aber auch positiv: professionalisiert) wird, zwingt, sich über den Begriff der Gemeinnützigkeit vertieft und konkret Gedanken zu machen¹⁵. Staatlich-aufsichtsrechtliche wie auch buchhalterisch-rechnungsprüferische Qualitätssicherung hat allerdings ihre Grenzen in der (erblasserischen) Eigentumsfreiheit, auch einigermaßen unsinnige Zwecke fördern zu dürfen (so lange diese nicht rechtswidrig oder unsittlich sind¹⁶) und einem gewissen Ermessensspielraum¹⁷.

8. Förderung der Wohltätigkeit

[Rz 8] Förderung der Wohltätigkeit würde (auch) darin bestehen, dass neben bzw. zusätzlich zu erbrechtlichen Anordnungen der Erblassergeneration *auch bei den Erben* angesetzt würde: Gelegentlich empfinden Erben die Begünstigung wohltätiger Dritter als Benachteiligung ihrer selbst (was es zwar ist), «raunzen» dann etwas oder sprechen gar von Einlullen der Erblasser (Ziff. 3/iv) usw. Wie öfter kann nicht abstrakt bewertet werden, ob das Misstrauen der Erben enttäuschter Eigennutz oder zu Recht kritische Analyse der Umstände ist. Warum verfolgt man seitens der Institutionen *und des Staats* nicht (auch) den Ansatz, Zuwendungen, die *erbenseitig* aus empfangenem Nachlass fliessen, (steuerlich)

(Begünstigung der «Stiftung Pro Infirmis für cerebral geschädigte Kinder»: «Pro Infirmis» oder «Stiftung für das cerebral gelähmte Kind»?).

¹⁵ Zuletzt BGE 135 I 1, zur Frage unentgeltlicher Rechtsvertretung durch die «Berner Rechtsberatungsstelle für Menschen in Not», die sich durch Parteientschädigung bzw. amtliche Honorare finanziert; Kriterien waren Art. 56 lit. g DBG bzw. Art. 8 Abs. 2 BGFA sowie dass «die verfolgten Zwecke ... aus gesellschaftlicher Gesamtsicht als förderungswürdig erscheinen», also der unbestimmte Rechtsbegriff *public benefit* (i.S.v. Anm. 8).

¹⁶ BGE 5C.140/1998, 18.1.1999, AJP 1999 882, zur Nichtigkeit einer Erbstiftung mit dem revisionistischen Zweck «die historische Forschung über die Ereignisse, die zum Zweiten Weltkrieg geführt haben», zu fördern, «insbesondere durch Unterstützung tüchtiger Historiker, die den Begriff der historischen Wahrheit nicht relativieren».

¹⁷ Dazu die Kritik am *Charities Act* durch MEAKIN (Anm. 8).

zu privilegieren? Das Spendenverhalten wäre wohl zukunftsgerichteter; zugleich würden künftige Spender freiwillig agieren, statt dass die wohltätigen Organisationen ältere Leute zu tourmentieren und zugleich die Erben der Spender (eigentlich: die künftigen Spender!) zu enttäuschen hätten. Erforderlich wäre dafür¹⁸, den Erben im Jahr des Todesfalls bzw. vielleicht noch im Folgejahr bzw. im Jahr der Erbteilung (einmalig pro Erbgang) ein steuerliches Privileg einzuräumen, dass z.B. die doppelte der regulären Spendenquote steuerlich abzugsfähig wäre; die Quote an sich lässt sich nicht beliebig erhöhen, weil sonst statt «lästigem Steuernzahlen» private Zuwendungspolitik getrieben würde. Es wäre der notwendigen Endlichkeit menschlicher Befindlichkeit nicht angemessen, die gleichermassen notwendige wie ausserordentliche Situation des Todes steuerlich und/oder anderweitig beliebig «steuerbar» zu machen – dass sie kaum steuerbar ist, macht sie aber fiskalisch weitgehend unbedenklich. Nicht einzusehen ist gerade aus dieser Perspektive, dass nur erblasserische Wohltätigkeit (erbschafts-)steuerlich privilegiert wird.

Prof. Dr. iur. Peter Breitschmid ist Inhaber des Lehrstuhls für Privatrecht mit Schwerpunkt ZGB an der Universität Zürich.

Thesen zur Tagung «**Gemeinnützigkeit und Erbrecht**» des Vereins *SUCCESSIO* am 8. Juni 2009 in Zürich; teilweise basierend auf einem Beitrag zu «Standort und Zukunft des Erbrechts», in *successio* Heft 3/2009 Ziff. 55 ff.

* * *

¹⁸ S. PETER BREITSCHMID, «Steuern und Erben», in: Individuum und Verband, FS Juristentag 2006, Zürich 2006, 527 ff., 539 Ziff. 11.